

Die Lust am Untergang



**Prof. Dr. Dr. h.c.
Lars P. Feld**

lehrt an der Universität Freiburg und leitet das Walter Eucken Institut

Foto: Jigal Fichme / @Walter Eucken Institut

Taucht eine interessierte Beobachterin in die mediale Berichterstattung in Deutschland ein, so muss sie den Eindruck gewinnen, dass Deutschland am Abgrund steht. Sinnbild dafür, dass Deutschland nicht mehr funktioniert, ist die Deutsche Bahn. Das sich daraus entwickelnde Narrativ geht ungefähr so: Die Infrastruktur in Deutschland sei marode, wie Verspätungen der Bahn, Staus auf Autobahnen, die Bau-fälligkeit öffentlicher Gebäude zu belegen scheinen. Die staatliche Verwaltung sei ineffizient, was nicht zuletzt an der unzureichenden Digitalisierung liege. Das Gesundheitswesen sei, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), teuer, führe aber nicht zur gleichen Lebensqualität wie ähnlich teure Systeme, etwa in der Schweiz. Das Bildungswesen entlasse Absolventinnen und Absolventen heute mit deutlich weniger Kenntnissen; Noteninflation ist das Stichwort.

Das Spiegelbild dieser Beschreibung ist die wirtschaftliche Misere des Landes. Weiterhin ist die private Investitionstätigkeit schwach. Unternehmen investieren hierzulande kaum mehr, weil die Kosten zu hoch sind: Arbeitskosten, Energiekosten, Regulierungsintensität, Steuerlast – der deutsche Standort befindet sich hier immer in der Spitzengruppe. Kein Wunder also, dass dieses Abschneiden zur aktuellen Misere führt.

Zu beschwichtigen ist bei diesem Narrativ nichts. In der Tat benötigt Deutschland dringend Reformen, die zu besserer Staatstätigkeit und besseren Rahmenbedingungen führen. Gleichwohl fehlt eine faire und differenzierte Sicht auf die Dinge.

Wie andere Staaten ist Deutschland von den geopolitischen Turbulenzen und den damit verbundenen Unsicherheiten betroffen. Dabei geht es nicht nur um die jeweils aktuelle Krise. Der aus dem Iran-Krieg folgende Energiepreis-Schock reiht sich ein in eine Abfolge krisenhafter Phänomene: Corona-Pandemie, russischer Angriffskrieg auf die Ukraine

und daraus folgenden Energiepreisen, die Zollpolitik Trumps mit Reaktionen auf den Finanzmärkten und einer Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, nun ein erneuter Schub der Energiepreise und Reaktionen auf den Finanzmärkten.

Dies darf nicht als Entschuldigung für die Versäumnisse der Vergangenheit dienen. Die Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft beginnen vor der Corona-Pandemie. Die Industrieproduktion geht bereits seit Ende des Jahres 2017 zurück. Jedoch ist die aktuelle Situation nicht nur dem Staat anzulasten. Unternehmen stellen sich nicht immer richtig auf die Herausforderungen des Strukturwandels ein. Manches Unternehmen ist durch die Subventionen einer verfehlten Industriepolitik und die Rettungspakete während der Corona-Pandemie träge geworden.

Die Bundesregierung ist vor rund einem Jahr als Reformregierung angetreten, um die deutsche Wirtschaft zu stärken. Nach einer massiven Lockerung der Schuldenbremse sind Reformen aber zunächst ausgeblieben. Selbst die deutlich erhöhten Verschuldungsspielräume sind nicht für den vorgeblichen Zweck, eine Stärkung der staatlichen Investitionstätigkeit, genutzt worden; es resultiert ein Verschiebebahnhof im Bundeshaushalt, der höhere Konsum- und Transferausgaben ermöglicht. Mit dem Rentenpaket des Jahres 2025 erhöhen sich die Belastungen in der Zukunft. Folgen keine Leistungskürzungen an anderer Stelle, müssen die Beitragssätze zur Gesetzlichen Rentenversicherung in absehbarer Zeit steigen. Durch ein Tariftreuegesetz erhöht die Bundesregierung die Regulierungsintensität und damit die Arbeitskosten. In der Energiepolitik stehen mit dem Industriestrompreis und der Subventionierung der Netzentgelte nur kurzzeitig finanzierbare Überbrückungsmaßnahmen zur Verfügung. Und in der aktuellen Energie-Krise im Zuge des Iran-Krieges fällt der Regierung nur ein Tankrabatt ein.

Trotzdem ist nicht alles falsch gelaufen. Die Steuerreform der Bundesregierung geht in die richtige Richtung. Durch eine beschleunigte Abschreibung von 30 Prozent in drei Jahren und der Senkung des Körperschaftsteuersatzes um einen Prozentpunkt pro Jahr in den folgenden fünf Jahren reduziert sich die effektive Steuerbelastung und verbessert sich perspektivisch die Standortqualität. Kurz vor Weihnachten erzielten Bund und Länder eine Einigung zur Modernisierung des Staates, mit der eine durch konsequente Digitalisierung erreichbare Verbesserung der Verwaltung eingeleitet wird. Das Bürgergeld wurde zur neuen Grundsicherung reformiert; Empfängerinnen und Empfänger sind wieder stärker gefordert, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Aktuell befinden sich eine umfassende Gesundheitsreform und eine Reform des Strommarktes auf dem Weg, die viele sinnvolle Reformelemente enthalten. Zudem hat die Bundesregierung angekündigt, auf Basis der Vorschläge der Sozialstaatskommission eine Zusammenlegung von neuer Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag vorzunehmen. Dabei soll es zu Kürzungen des Wohngeldes kommen. Pflege-, Renten- und Steuerreform sollen ebenfalls angegangen werden. Schließlich bewegt die EU mit neuen Handelsverträgen und Lockerungen von Regulierungen einiges.

Es ändert sich nun also doch etwas in Deutschland. Hoffentlich hält der Elan an.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld